

Familie ist von Anfang an dort zerstört, wo das gottgegebene Recht des Kindes auf sein Leben vernichtet wird.

Abschließend läßt sich sagen: das Heil der Familie kann im eigentlichen Sinn nur von Gott selbst kommen. Alle rechtliche Sicherung der Familie muß zunächst und vor allem auf die Wahrung und Achtung der gottgegebenen und gottgewollten Ordnungen und Rechte der Familie ausgerichtet sein. Bei allem Wunsch nach öffentlichen Hilfsmaßnahmen dürfen wir nicht die eigentliche Problematik der Familie, nämlich die religiöse, übersehen. Dem Staat bleibt gleichwohl ein weites Feld. Die Wichtigkeit aller staatlichen Hilfsmaßnahmen soll nicht bestritten werden. Sie gehören zu der Aufgabe am Menschen, die unser aller Aufgabe ist. So ist es Pflicht des Staates, daß er der Familie den Raum gibt zu leben, daß er ihr das Einkommen sichert, das ihr zukommt u. a. m. Aber wir würden Familie nicht nur nicht sichern, sondern wir würden sie um ein entscheidendes Stück schwächen und das Zentrum ihres Seins verlieren, wenn wir nicht im Auge behielten, daß ihr Woher und Wohin nicht in der Zeit liegt, daß ihr Wesen und ihre Aufgabe der Mitvollzug der ewigen Schöpfungsliebe Gottes und der erlösenden Liebe Christi ist.

Bismarck und die Reichsvertretung beim Hl. Stuhl

Im Vorfeld des Kulturkampfes¹

ERNST DEUERLEIN

Die besorgte Aufmerksamkeit Bismarcks gegenüber dem von ihm befürchteten Unterschlupf polnischer, d. h. reichsfeindlicher Bestrebungen in katholischen Einrichtungen wurde zu gefahrwitterndem Mißtrauen, als er sich,

¹ Die Untersuchung beruht auf Forschungen im Geheimen Staatsarchiv München (GStA. München), im Württembergischen Hauptstaatsarchiv Stuttgart (WHStA. Stuttgart) und im Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (HHSt. Wien). Eine Anfrage beim Badischen Generallandesarchiv Karlsruhe ist ergebnislos gewesen. Franz Joseph Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst hat mir als einschlägige Archivalien zwei Zeitungsausschnitte und zwei Konzepte des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst überlassen. Dr. jur. Max Freiherr Riederer von Paar hat in großzügiger Weise alle Materialien aus dem Nachlaß seines Großvaters, Karl Graf Tauffkirchen (NL. Tauffkirchen), für die Zeit 1869—1874 zur Verfügung gestellt, wofür ich ihm auch an dieser Stelle meinen aufrichtigen Dank zum Ausdruck bringe. Ein angeblich in Rom liegender Nachlaß Kardinal Hohenlohes ist trotz umfangreicher Nachforschungen nicht ermittelt worden. Erwähnenswert ist der Umstand, daß die jüngste Aktenveröffentlichung zum Kulturkampf keine nennenswerten Auslassungen zum „Fall Hohenlohe“ enthält. Vgl. *Adelheid Constabel*, Die Vorgeschichte des Kulturkampfes. Quellenveröffentlichungen aus dem Deutschen Zentralarchiv. Berlin 1956. Eine Zusammenstellung der Literatur hat zuletzt Georg Franz gegeben. *Georg Franz*, Kulturkampf. München 1954. Vgl. auch: Die Geheimen Papiere Friedrich von Holsteins. Bd. I: Erinnerungen und politische Denkwürdigkeiten. Bd. II: Tagebuchblätter. Hrsg. von Norman Rich und M. H. Fisher. Deutsche Ausgabe von Werner Frauendienst. Göttingen 1957; *Rudolf Morsey*, Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867—1890. Münster 1957; *Hellmuth Rogge*, Holstein und Hohenlohe. Stuttgart 1957.

vom Winter in Versailles stärker ermüdet als vom beginnenden Frühling in Berlin gestärkt, in den ersten Verhandlungen des am 21. März 1871 zusammengetretenen Deutschen Reichstags immer wieder dem kampfentschlossenen Widerstand der am Tag der Reichstagseröffnung konstituierten Fraktion des Zentrums gegenüber sah. Weder die ihm zuteil werdende Ehrung durch die am 22. März 1871 ausgesprochene Erhebung in den Fürstenstand noch die Tatsache, daß das Zentrum bei seinen Vorstößen allein blieb, waren in der Lage, ihn zu beruhigen. Unter dem Eindruck der Vorgänge im Reichstag reifte in ihm vielmehr der Entschluß, der sich abzeichnenden Gegnerschaft in ihren Anfängen zu widerstehen. Bismarck glaubte, sein Ziel am raschesten und wirksamsten erreichen zu können, wenn er versuchte, die nach seiner Meinung stärksten Bindungen der Zentrumsfraktion zu durchtrennen oder wenigstens zu lockern. Dieser Erwägung entsprang die Intervention beim Hl. Stuhl, die er am Tag nach der Ausfertigung der Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871 anordnete.

I

Trotz gefühlsmäßiger Beschwerden war das Verhältnis zwischen Preußen und dem Hl. Stuhl im Zeitpunkt der Reichsgründung nicht auf eine dramatische Auseinandersetzung angelegt. Bismarcks Haltung gegenüber dem Vatikanischen Konzil beruhte auf einer wohlerrungenen Achtung vor der Eigenverantwortung der katholischen Kirche für ihre religiös-dogmatische Entwicklung. Seine Bereitschaft, dem des Kirchenstaates beraubten Papst Asyl zu gewähren, wurde von den Katholiken beifällig aufgenommen. Der Gedanke, durch den Hl. Stuhl auf die Haltung des Zentrums einwirken zu lassen, entstand bei Bismarck ohne Zweifel erst, als sich die Möglichkeit abzeichnete, daß die neue „katholische Fraktion“ im Reichstag zum Sammelbecken politischer Bestrebungen werde, denen bereits in den Anfängen zu mißtrauen der Reichskanzler sich veranlaßt sah. Die in dem Glückwunschsreiben Papst Pius' IX. an Kaiser Wilhelm I. vom 6. März 1871 zum Ausdruck gebrachte Erwartung begünstigte die Auffassung, der Hl. Stuhl sei daran interessiert, in Frieden mit dem eben gegründeten Deutschen Reich zu leben und deshalb auch willens, die ihm ergebenden Politiker zur Unterstützung der Reichspolitik zu bewegen. Diese Vorstellung leitete Bismarck bei seinem Schritt vom 17. April. Er wandte sich an die „*Légation de la Confédération Germanique, Rome*“, an die Gesandtschaft des Deutschen Reiches in Rom, womit er die Gesandtschaft Preußens beim Hl. Stuhl meinte, die seit 1867 als Gesandtschaft des Norddeutschen Bundes beim Hl. Stuhl fungierte², deren Chef, Harry Graf Arnim³, aber zur Mitarbeit an den Friedensverhandlungen mit Frankreich von Rom abberufen war. Seine Vertretung wurde nicht durch den dienstältesten Beamten der preußischen Vertretung, sondern durch den Gesandten Bayerns am Hl. Stuhl, Karl Graf

² Dieser Umstand bleibt meistens unbeachtet. Feststellungen bei NL. Tauffkirchen.

³ Über Arnim zuletzt: *Franciscus Hanus*, Die Preußische Vatikangesandtschaft 1747 bis 1920. München 1950, 290. Fritz Hartung, Bismarck und Graf Harry Arnim, in: Historische Zeitschrift (HZ) 171, 47. Neue Deutsche Biographie (NDB) 1953, I. 373.

Tauffkirchen⁴, wahrgenommen, wobei das der bayerischen Diplomatie in den Versailler Verhandlungen eingeräumte Recht, im Verhinderungsfall die Reichsgesandten zu vertreten⁵, erstmals beansprucht wurde.

In dieser Eigenschaft empfing Tauffkirchen das Telegramm Bismarcks vom 17. April 1871, in dem es hieß: „Erwähnen Sie, ohne Initiative zu nehmen, in gelegentlichen Gesprächen, daß die wenig taktvolle Art, in der die ungeschickt konstituierte katholische Reichstagsfraktion ihr aggressives Vorgehen gegen das neue Reich und (Reichs)Regierung in Szene gesetzt hat, der Döllingerschen Bewegung die Sympathien noch solcher Kreise zuführt, denen solche früher fremd waren“⁶. Den Kommentar zu dieser Auslassung gab Bismarck selbst, aber nicht gegenüber Tauffkirchen, sondern in einem vertraulichen Erlaß an den preußischen Gesandten in München, Freiherrn von Werthern, der bereits am 16. April in einem von Bismarck eigenhändig konzipierten Telegramm angewiesen worden war, bei Gesprächen über Döllinger in München die Sympathien zu erwähnen, die dessen Haltung bei den nicht zur klerikalen Fraktion gehörenden Katholiken in Berlin finde, und auf das Hervortreten der feindlichen Tendenz gegen die Reichsregierung bei dieser zu verweisen⁷. Einen Tag später, unbezweifelbar im Zusammenhang mit dem Telegramm an Tauffkirchen, erörterte der Reichskanzler in einem Erlaß an Werthern ausführlich die Lage zwischen der Reichsregierung und der Zentrumsfraktion, wobei er bei Darlegung der seinen Widerstand auslösenden Ereignisse die drei Vorgänge bei den Beratungen des Reichstags anführte. Abermals bezeichnete er die schroffe Haltung der klerikalen Fraktion als wirksamen Bundesgenossen der Döllingerschen Bewegung.

Die katholischerseits vorhandene Sorge über die in ihrer Auswirkung noch nicht überschaubare Haltung des hochangesehenen Ignaz Döllinger erachtete Bismarck als geeignetes Mittel, um den Hl. Stuhl zum Einschreiten gegen die klerikale Fraktion zu bewegen⁸. Mit der Unterrichtung des preußischen Gesandten in München verfolgte er offensichtlich die Absicht, Graf Bray-Steinburg in Kenntnis zu setzen, so daß von Bayern aus der von ihm

⁴ Tauffkirchen-Gutenberg, Karl Graf von, 1826—1895. Tauffkirchen unter Ministerpräsident Hohenlohe-Schillingsfürst zunächst Referent für die „deutsche Frage“ im B. Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Außern (vgl. *Karl Alexander v. Müller*, Bismarck und Ludwig II. im September 1870, in: HZ 111, 91f.), empfand die Ernennung zum bayerischen Gesandten am Hof von St. Petersburg als Entfernung von den Entscheidungen der bayerischen Politik. Die Berufung zum Vertreter Bayerns beim Hl. Stuhl versöhnte ihn, obwohl ihm die Bedeutung dieses Postens nachdrücklich vorgestellt wurde, nur teilweise, wie seine Ungeduld im Sommer 1870 bewies. Sein Versuch, sich an den in Gang kommenden politischen Verhandlungen zwischen Bismarck und Bayern zu beteiligen, blieb Episode (vgl. *Döberl*, Bayern und die Bismarcksche Reichsgründung. München-Berlin 1925, 71). Auch in der ihm von Bismarck übertragenen Verwaltungstätigkeit im besetzten Teil Frankreichs hielt es Tauffkirchen nicht lange aus. Am 7. Januar 1871 kehrte er nach Rom zurück (GStA. München. Personalakt [PA] Tauffkirchen). Am 9. März 1871 teilte ihm der leitende Staatsminister Bayerns, Otto Graf Bray-Steinburg, mit, daß ihm in Vollzug der bayerischen Vertretung des Reichsgesandten im Verhinderungsfall die Wahrnehmung der Geschäfte der Reichsvertretung beim Hl. Stuhl seit dem 24. Februar 1871 übertragen sei (GStA. München. PA Tauffkirchen).

⁵ *M. Doeberl* a. a. O. 121.

⁶ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

⁷ *Bismarck*, Die gesammelten Werke (Friedrichsruher Ausgabe). 1924 ff. (BGW) Bd. 6 c, 3, Anm. 1.

⁸ Gedruckt: BGW Bd. 6 c, 3f.

eingeleitete Schritt weder im nachteiligen Sinne beeinflußt noch gestört werde. Daran dachte indes in München niemand; lediglich die Neugierde an Bismarcks kirchenpolitischen Absichten war geweckt. Am 18. April unterbreitete Werthern Bismarck das bayerische Ersuchen, Tauffkirchen anzuweisen, seine Berichte als Vertreter des Reichsgesandten offen über die preußische Gesandtschaft in München zu geben, so daß diese in die Lage versetzt werde, deren Inhalte unter Umständen in Besprechungen mit dem bayerischen Staatsminister des Äußern zu verwerten⁹. Bismarck lehnte die Bitte ab. In der ausführlichen Begründung ließ er seinem Ärger über den Gesandten Bayerns in Berlin, Maximilian Freiherr Pergler von Perglas¹⁰, freien Lauf¹¹. Den bayerischen Vertreter beim Hl. Stuhl bedachte er dabei mit der Bezeichnung: „Der gegenwärtig die Vertretung des Deutschen Reiches in Rom führende Graf Tauffkirchen“¹². Dieser gab bereits am 21. April Bismarck telegrafisch Antwort auf die ihm erteilte Weisung: „Antonelli¹³ erklärt mir, daß er die Haltung der katholischen sogenannten Zentrumsfraktion im Reichstage als taktlos und unzeitgemäß mißbillige und beklage“¹⁴. In einer nach dem 23. Juni 1871 gefertigten Zusammenstellung über die dadurch veranlaßte Korrespondenz vermerkte Tauffkirchen bei der Abschrift seines Telegramms vom 21. April: „Notierte mir sofort: *désapprouve et regrette comme manquant de tacte et d'opportunité*“¹⁵. In seinem Bericht vom 8. Juli erklärte er, sich die Worte des Kardinalstaatssekretärs Antonelli „noch auf der Treppe notiert und unverändert nach Berlin telegraphiert zu haben“¹⁶.

Am 10. Mai ergänzte Tauffkirchen seine telegrafische Meldung vom 21. April durch einen ausführlichen Bericht, in dem er auch Mitteilung von einer Äußerung des österreichischen Geschäftsträgers beim Hl. Stuhl, Graf Kalnoky¹⁷, machte, dem gegenüber Papst Pius IX. in seiner Unterredung am gleichen Tag das Auftreten der Katholikenpartei im Reichstag als inopportun und unpraktisch bezeichnet und beklagt habe. Tauffkirchen betonte, daß die Mitteilung Kalnokys ohne besondere Veranlassung erfolgt sei, wobei er versicherte, dem österreichischen Vertreter von seiner Unterredung mit Antonelli keine Kenntnis gegeben zu haben. Gerade aus diesem Umstand schloß der bayerische Diplomat, die gegenüber Kalnoky gemachte Erklärung bestätige, daß die Verstöße der deutschen Ultramontanen von der römischen Kurie nachträglich mißbilligt würden¹⁸. Bismarck war mit die-

⁹ Verweis bei: BGW Bd. 6 c, 4.

¹⁰ Pergler von Perglas, Maximilian Freiherr von, 1817—1893. Vgl. *Walter Schärfl*, Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft von 1806—1918. Kallmünz 1955, 330, Nr. 632.

¹¹ Über das Verhältnis Pergler-Bismarck vgl. *Franz Herre*, Der bayerische Gesandte in Berlin, Freiherr Pergler von Perglas, und die Bismarckische Reichsgründung in: *Historisches Jahrbuch*, Bd. 74, 532—545.

¹² BGW 6 c, 4.

¹³ Antonelli, Giacomo, 1806—1876. 1848—1876 Kardinalstaatssekretär unter Papst Pius IX.

¹⁴ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

¹⁵ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

¹⁶ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

¹⁷ Kalnoky, Gustav Graf, 1832—1898. 1881—1885 Vorsitzender des gemeinsamen Ministerrates und Minister des Äußern Österreich-Ungarns, war 1871—1874 der österreichischen Botschaft am Hl. Stuhl zugeteilt, wo er als Geschäftsträger tätig war.

¹⁸ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

sen Nachrichten zufrieden, was allein aus der Tatsache zu entnehmen ist, daß er von ihnen umgehend Gebrauch gemacht hat. Zunächst kamen die von Tauffkirchen gemeldeten Auffassungen als Gerüchte unbekannter Herkunft in die Öffentlichkeit¹⁹. Aber bereits am 17. Mai bestätigte der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Falkenberg/Grottkau, Graf Frankenberg, in einem Schreiben an seine Wähler, die ihn zur Rede gestellt hatten, weil er sich nicht dem Vorgehen der Zentrumsfraktion angeschlossen hatte, die Richtigkeit der in Umlauf befindlichen Äußerungen mit der Erklärung: „Kardinal Antonelli hat Gelegenheit ergriffen, um seine Mißbilligung des Vorgehens der Zentrumspartei im Deutschen Reichstag auszudrücken. Dem Ausspruch des berühmten Ministers Sr. Heiligkeit habe ich natürlich nichts hinzuzufügen.“²⁰

Allgemein bestand die Auffassung, daß Frankenberg nicht aus eigener Kenntnis zur Abgabe dieser Feststellung in der Lage sei. Bei der Suche nach seiner Informationsquelle bildete sich die Auffassung, Kardinalstaatssekretär Antonelli habe in einem Schreiben an den Parteivorstand die ihm nachgesagten Auslassungen gemacht. Die Meldung wurde namens der Zentrumsfraktion von Mallinckrodt entschieden dementiert²¹. Trotzdem behauptete sie sich in den Kolumnen des größeren Teiles der Presse. Das bestimmte den Bischof von Mainz, Wilhelm Emanuel Freiherr von Ketteler, Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Tauberbischofsheim²², Antonelli um Aufklärung zu bitten. Kettelers Ersuchen beantwortete der Kardinalstaatssekretär am 5. Juni ausführlich, wobei er eine von der Schilderung Tauffkirchens abweichende Darstellung der in Frage kommenden Unterhaltung gab. Er habe auf Grund von Zeitungsnachrichten, die im allgemeinen berichtet hätten, es sei von einigen Katholiken im Reichstag der Antrag eingebracht worden, sich der Angelegenheiten des Apostolischen Stuhles anzunehmen, in einer Unterredung mit dem bayerischen Gesandten und zeitweiligen Geschäftsträger des Deutschen Reiches geäußert, er erachte die Absicht, den Reichstag zu einer Meinungsäußerung über eine zum Schutz der weltlichen Herrschaft der Kirche zu beschließende Intervention zu veranlassen, für verfrüht. Antonelli versicherte, diese Erklärung in Verbindung gebracht zu haben mit der Beratung des Reichstags über die Antwort auf die Thronrede²³.

Das Zentrum hielt damit die umlaufenden Behauptungen für widerlegt, Graf Frankenberg dagegen sah sich bloßgestellt. Er wandte sich an Bismarck, der ihm am 17. Juni antwortete, indem er seine Informationsquelle mit der namentlichen Nennung Tauffkirchens preisgab und auf der Darstellung beharrte, die er gegeben hatte²⁴. Es dauerte etliche Tage, bis Bismarcks Brief an Frankenberg in Rom bekannt war. In der Zwischenzeit setzte

¹⁹ Paul Majunke, Geschichte des „Culturkampfes“ in Preußen-Deutschland. Paderborn 1886, 170.

²⁰ Otto Pfülf, Hermann v. Mallinckrodt. Freiburg 1901, 333.

²¹ Gedruckt: Pfülf a. a. O. 333.

²² Fritz Vigener, Ketteler. Ein deutsches Bischofsleben des 19. Jahrhunderts. München-Berlin 1924, 626.

²³ Gedruckt: Majunke a. a. O. 175.

²⁴ Gedruckt: Nikolaus Siegfried, Aktenstücke betreffend den preußischen Kulturkampf. Freiburg 1882, 91.

der Reichskanzler seine Versuche der Einwirkung auf den Hl. Stuhl fort und beauftragte am 22. Juni telegrafisch Tauffkirchen, bei der „Quelle seiner Mitteilungen“, dem Papst, durchblicken zu lassen, auch die Reichsregierung sei in der Frage der klerikalen Partei in Deutschland sehr empfindlich. Er beschuldigte diese, durch ihre Bestrebungen die Autorität der Regierung mit den Mitteln und dem Beistand der Revolutionspartei zu untergraben, und machte auf die Gefahr aufmerksam, daß die Reichsregierung zu Verteidigungsmaßnahmen veranlaßt sei, die ihren Bestrebungen für die Person des Papstes zuwiderliefen²⁵. Tauffkirchen antwortete bereits tags darauf: „Mich heute Telegramm 6 entsprechend gegen Antonelli geäußert, welcher jede Beziehung mit den besagten Bestrebungen leugnet und mit der Taktik der klerikalen Heißsporne nichts weniger als einverstanden scheint“²⁶. In einem Bericht vom gleichen Tag, dem 23. Juni, nahm der Diplomat ausführlich zu seiner Unterredung mit dem Kardinalstaatssekretär Stellung und meldete nach Berlin:

„Ich sprach heute nachmittag 1 Uhr mit Antonelli und äußerte, daß der Eindruck, welchen die klerikalen Agitationen und Machinationen in Deutschland an maßgebender Stelle hervorrufen, anfängt, mich bezüglich der Entschlüsse des Kaisers in der ‚Römischen Frage‘ und namentlich in der Frage des Umzugs der Gesandtschaft bedenklich zu machen. Der Kardinal war infolge der wiederholten Zeitungspolemik zurückhaltend. Er antwortete, daß der Heilige Stuhl sich niemals in die politische Haltung der katholischen Untertanen anderer Staaten gemischt habe, wozu ihm auch durchaus keine Befugnis zustehe. Er, Antonelli, habe daher auch, sooft solche Anforderungen an ihn kamen, wie von England wegen Irland (durch Bulwer²⁷), von Rußland wegen Polen, von Österreich wegen Ungarn, dieselben jedesmal abgelehnt. Es existiere keine Zeile, welche eine solche Einmischung von seiner Seite jemals nachweisen könne. So auch jetzt in Deutschland. Er habe weder das Recht noch die Absicht, den deutschen Katholiken bezüglich ihrer politischen Haltung Weisungen zu erteilen.

Ich entgegnete, daß dies auch keineswegs der Zweck meiner Mitteilung gewesen sei. Da ich sehe, daß die Sache des Heiligen Vaters in Deutschland durch Übereifer und Ungeschick seiner Anhänger Schaden zu leiden drohe, hielte ich es für einen Dienst, ihn darauf aufmerksam zu machen, ihm überlassend, welche Folge er diesem Winke geben wolle. Im Laufe des Gesprächs brachte ich die im Telegramm 6 gebrauchten Worte vollständig in Anwendung. A(ntonelli) gab mir nur wiederholt die bestimmte Versicherung, daß er an dem Gebahren dieser Partei weder direkt noch indirekt Anteil habe. Ich möchte dieser Versicherung auch Glauben schenken. A(ntonelli) hat zuviel Geist, er ist gerade deswegen auch zu oft auf die Gefahr aufmerksam gemacht worden, einen so unrichtigen Weg zu gehen. Ich glaube, daß er es an Warnungen nicht fehlen läßt“²⁸.

Dieser Bericht Tauffkirchens nach Berlin kreuzte sich mit der von dort kommenden Meldung über den Brief Bismarcks an Frankenberg, der am 26. Juni erstmals Gegenstand einer Unterredung zwischen Antonelli und Tauffkirchen war. Der Kardinalstaatssekretär zeigte sich von der Veröffentlichung „unangenehm berührt“. Tauffkirchen berichtete darüber an Bismarck: „Am 26. Juni sprach ich Antonelli darüber. Er sagte, daß, als er die Äußerungen, welche dem Briefe zu Grunde liegen, gemacht, er nähere Berichte über die Vorgänge im Reichstag nicht gehabt habe. Jetzt scheine ihm, daß es sich weniger um einen Antrag auf Intervention als um Beseiti-

²⁵ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

²⁶ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

²⁷ Bulwer, Edward George Earle (seit 1866: Baron Lytton of Knebworth), 1803 bis 1873. Britischer Minister.

²⁸ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

gung eines das Problem der Nichtintervention proklamierenden Passus gehandelt habe. Ich suchte ihm darauf zu beweisen, daß von der sonstigen Haltung der Partei beides nach Art der Begründung des Antrages ziemlich identisch sei und der Unterschied auf einen Wortstreit hinauskomme. Er entgegnete hierauf nichts und erklärte insbesondere *nicht*, daß er das damals abgegebene Urteil zurücknehme²⁹. Das Schweigen des Kardinalstaatssekretärs war aber nicht, wie Tauffkirchen zu seiner eigenen Beruhigung und Belastung annahm, fortdauernde Billigung früherer Erklärungen, sondern offenkundiger Unwille über den politischen Gebrauch seiner Äußerungen, was der Vertreter des Gesandten des Deutschen Reiches in den folgenden Tagen zu spüren bekam.

Tauffkirchen sah sich auf das schwerste gegenüber dem Hl. Stuhl kompromittiert und betrachtete sein Verbleiben als unmöglich. Bismarck, dem nützlich zu sein er mit allen Kräften bestrebt war, hatte ihn bloßgestellt und preisgegeben. Eine Wand des Schweigens wuchs zwischen ihm und Kardinalstaatssekretär Antonelli empor. Die Presse in Deutschland bemächtigte sich seiner Person in einer scharfen Polemik. Tauffkirchen sah nur noch eine Möglichkeit, um seine Lage zu ändern, nämlich Rom zu verlassen. Am 1. Juli richtete er an König Ludwig II. ein Gesuch um Bewilligung einer Funktionszulage als Vertreter des Reichsgesandten³⁰, dem er bereits am 4. Juli ein Gesuch um Gewährung eines längeren Urlaubs folgen ließ³¹. Zu seiner Begründung verwies er auf seine Tätigkeit in der freiwilligen Krankenpflege und in der Zivilverwaltung des besetzten Frankreichs. Auch bat er zu würdigen, daß von ihm durch die gleichzeitige Führung der Geschäfte der deutschen und bayerischen Gesandtschaft beim Hl. Stuhle anstrengender Dienst gefordert worden sei. Er hielt seine Abwesenheit von Rom für vertretbar. Der König von Italien habe die Stadt wieder verlassen³², so daß die Annahme berechtigt sei, der Sommer vergehe in politischer Ruhe. Auch für die Aufrechterhaltung der Beziehungen zur Kurie hielt er seine Anwesenheit nicht für erforderlich. Die Geschäfte der bayerischen Gesandtschaft würden durch den Legationssekretär Freiherrn von Cetto³³, die der deutschen Gesandtschaft durch den Legationssekretär von Derenthal³⁴ besorgt. Er wiederholte deshalb seine Bitte um Bewilligung eines zweimonatigen Urlaubs, verbunden mit dem Ersuchen, dem Berliner Kabinett davon Kenntnis zu geben, damit es die Benennung eines Geschäftsträgers der deutschen Gesandtschaft veranlasse³⁵.

In einem vertraulichen Privatbrief an Staatsminister Graf Bray-Steinburg empfahl Tauffkirchen sein Urlaubsgesuch zur geneigten Behandlung und erläuterte noch einmal seine Gründe. Er versicherte, daß die angeführten gesundheitlichen Notwendigkeiten vollkommen richtig seien, sie könnten durch

²⁹ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

³⁰ GStA. München. PA. Tauffkirchen.

³¹ GStA. München. PA. Tauffkirchen.

³² König Viktor Emanuel II. von Italien weilte im Sommer 1871 außerhalb Rom. GStA. München. Bayer. Gesandtschaft beim Päpstl. Stuhle. Nr. 817.

³³ Cetto, Anton Freiherr von, 1835—1906. 1833—1906 bayer. Gesandter beim Hl. Stuhl. Schörl a. a. O. 312, Nr. 576.

³⁴ Hanus a. a. O. 315.

³⁵ GStA. München. PA. Tauffkirchen.

ärztliche Zeugnisse belegt werden. Er gab jedoch uneingeschränkt zu, den wesentlichsten Grund seines Urlaubs nicht angegeben zu haben, teilte ihn deshalb vertraulich mit. Tauffkirchen vertrat die Auffassung, daß seine Stellung durch die Vorgänge um den Frankenberg-Brief in Rom unhaltbar geworden sei. Er äußerte den Wunsch, aus dieser persönlich unangenehmen Lage unauffällig herauszukommen und erinnerte an die Stellung, die er während des Vatikanischen Konzils eingenommen habe. Er versicherte, nach seiner Rückkehr nach Rom — anfangs 1871 — sei er bestrebt gewesen, das Vertrauen des Papstes und des Kardinalstaatssekretärs zu gewinnen. Dieses Ziel sei in vollem Umfange erreicht worden. Die Vorgänge um den Frankenberg-Brief hätten jedoch zu einer großen Enttäuschung bei den Vertretern der Kurie geführt. Der bayerische Diplomat betonte, es sei ihm nach diesem Vorgang unmöglich, hier wieder festen Boden zu fassen, weil die Kurie nur die Wahl habe, anzunehmen, daß er entweder doppeltes Spiel gespielt habe oder getäuscht und als unbedeutend behandelt worden sei. Die letztere Meinung war ihm lästiger als der Verdacht, auf zwei Schultern zu tragen³⁶. Die anhaltende Beschäftigung mit diesem Vorgang schlug sich auch in der „Notiz“ nieder, die Tauffkirchen am 8. Juli anfertigte, offensichtlich bemüht, den Ablauf der leidlichen Angelegenheit zu rekonstruieren³⁷.

Am 10. Juli lag das Urlaubsgesuch Tauffkirchens auf dem Schreibpult des Personalreferenten des Bayerischen Staatsministeriums des Kgl. Hauses und des Äußeren, Otto Freiherrn von Völderndorff³⁸, der dem Vertreter Bayerns beim Hl. Stuhl politisch, persönlich und dienstlich verbunden war. Der Verfasser der „Harmlosen Plaudereien eines Alten Münchners“³⁹ gehörte wie Tauffkirchen zu den Parteigängern von Hohenlohe-Schillingsfürst. Völderndorff war überrascht und besprach sich zunächst mit Graf Bray. Von ihm erfuhr er, daß nicht Gesundheitsrücksicht, sondern tiefgehende Verstimmung der eigentliche Grund des Gesuches Tauffkirchens sei. In seiner persönlichen Erwiderung betonte Völderndorff, als alter Freund zu schreiben. Er bat dringend, die Angelegenheit mit ruhigem Blut zu betrachten und keine überstürzten Schritte zu tun. Er bat ihn auch um Nachsicht, daß Dönniges⁴⁰ nach Rom entsandt worden sei⁴¹. Das Ministerium des Kgl. Hauses und des Äußern habe in dieser Frage nicht anders handeln können. Vor allem aber gab er dem Freund zu bedenken: „Du bist der erste und einzige bayerische Gesandte, welcher das Versailler nicht unwichtige Recht deutscher Vollvertretung ausübt. Sobald Du in Urlaub gehst, erlischt dies wieder, das darf aber nicht sein. Es ist von höchstem Werte, daß Bayern hierbei längere Besitzhandlungen vornimmt.“

Völderndorff hielt es nicht tunlich, daß Tauffkirchen die Geschäfte der Deutschen Gesandtschaft an den preußischen Legationssekretär abgebe. Er

³⁶ GStA. München. PA. Tauffkirchen.

³⁷ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

³⁸ Völderndorff und Wardein, Otto Freiherr von, 1825—1899. 1854—1895 vorwiegend im bayer. Ministerialdienst, zuletzt Generalsekretär des Staatsministeriums des Kgl. Hauses und des Äußern. *Schärl* a. a. O. 344, Nr. 673.

³⁹ *Otto Freiherr von Völderndorff*, Harmlose Plaudereien eines Alten Münchners. München 1892; *ders.*, Harmlose Plaudereien eines Alten Münchners. Neue Folge. München 1898.

⁴⁰ Dönniges, Wilhelm Ritter von, 1814—1872. 1870—1872 bayer. Gesandter am italienischen Hofe in Florenz bzw. Rom. *Schärl* a. a. O. 313, Nr. 581.

⁴¹ Übersiedlung Dönniges von Florenz nach Rom. GStA. München. PA. Dönniges.

schlug vor, daß Tauffkirchen zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Tivoli oder Frascati gehe und formell die Führung der Geschäfte beibehalte. Zur Begründung seines Rates führte er noch einmal vor Augen: „Es wäre sehr zu beklagen, wenn gerade in Rom die Beteiligung Bayerns an der deutschen Diplomatie nicht möglichst ausgenützt würde. Ob Deine Stellung der Kurie gegenüber getrübt ist, macht in dieser Richtung keinen großen Unterschied“. Völderndorff verschwieg nicht, daß der Diplomat in München nicht begeistert aufgenommen werde. Es werde ihm noch immer verargt, daß er Rom verlassen habe, um nach Reims zu gehen, dort aber nicht geblieben, sondern wieder nach Rom gegangen sei. Wenn er erneut wechsele oder auch nur in Urlaub gehe, so werde er sich persönlich unendlich schaden. Völderndorff empfahl dem Freund, sich über die Verstimmung hinwegzusetzen, da man ja manches im Staatsdienst hinunterschlucken müsse. Zum Schluß sagte er, es sei sehr nützlich, wenn Tauffkirchen von der Kurie schlecht behandelt werde. Die „Briefgeschichte“ habe ihm bereits sehr genützt⁴². Tauffkirchen antwortete dem Freund sofort nach Eingang seines Briefes. Er begründete sein Verlassen Roms im Sommer 1870 mit der damaligen Vorstellung, in der deutschen Frage für Bayern wirken zu können und erinnerte daran, daß er zehn Tage nach der Übernahme der Präfektur Bar le Duc von Bismarck Vorschläge erhalten habe, wie sie nicht günstiger hätten geträumt werden können. Trotzdem sei er mit denselben in München wie der Grand im Kegelspiel empfangen worden. Er verteidigte sowohl seine Tätigkeit in der Zivilverwaltung des besetzten französischen Gebietes als auch seine Rückkehr nach Rom und führte bitter Klage über die mächtigen Intrigen gegen ihn, während er in Rom wie ein Gaul für zwei arbeite. Er gab zu bedenken, daß er seit dem 24. Februar als „stellvertretender deutscher Gesandter“ tätig sei. Zum Vorgang um den Brief Bismarcks an Frankenberg sagte er: „Andererseits wurde bei der Briefgeschichte mit vertraulichen Mitteilungen, die mir gemacht wurden, in einer Weise umgegangen, die es mir unmöglich machen, wieder, sei es beim Vatikan, sei es bei meinen Kollegen, Vertrauen zu beanspruchen. Solche Sachen kommen vor, aber wenn sie vorkommen, so hilft man eben durch einen Personalwechsel nach“⁴³.

Auch dem ministeriellen Wunsch nach einem beispielgebenden Vorgang einer Vertretung bei einer Mission des Reiches durch den Leiter der bayerischen Gesandtschaft wandte sich Tauffkirchen, offensichtlich gereizt, zu, indem er feststellte: „Der Grund nun, aus dem Du von einem solchen (Personenwechsel) nichts hören willst, ist der § 7 des Versailler Schlußprotokolls. Ich gestehe, von meiner Bewunderung für dieses jüngste Kind der Bray-schen Liaison etwas zurückgekommen zu sein. Das Kind war zwar nicht tot geboren, aber es vegetiert so elend, ist so voll organischer Fehler, daß ich es als lebensfähig nicht erkennen kann. Ich halte mich für den ersten und letzten theatralischen Versuch in dieser Richtung, der an sich wertlos ist, wenn gleichzeitig Brassier durch Westdelen, Reuß durch Pfuhl und Balan durch, ich weiß nicht wen, vertreten wird. Und auch dieser erste Versuch ist als solcher nicht ermutigend. Ich bin vielleicht der einzige bayerische Diplo-

⁴² NL. Tauffkirchen.

⁴³ NL. Tauffkirchen.

mat, den Bismarck zu solcher Vertretung verwendbar hält, um so bezeichnender ist die Behandlung, die man mir von dort angedeihen läßt. Der einzige Wert, den die Sache hat, sind die 38 000 Thaler und die wird man uns wohl lassen, wenn ich auch in Urlaub gehe“. Als „summa summarum“ traf Tauffkirchen gegenüber dem Freund die Feststellung, keinen Grund zu sehen, der die Abweisung des Urlaubsgesuches veranlasse. Er lehnte deshalb auch das freundschaftliche Ansinnen ab, seinen Antrag zurückzuziehen und erging sich nochmals in galligen Bemerkungen über die ihm widerfahrene Undankbarkeit⁴⁴.

Am 17. Juli traf der Brief Tauffkirchens in München ein. Völderndorff beantwortete ihn ebenfalls umgehend. Er gab dem Freund zu bedenken, daß seine persönliche Stellung durch überstürzte Entschlüsse nicht verbessert werde und trug noch einmal alle Gründe vor, die für dessen Verbleiben in Rom sprächen. Für den Fall, daß Tauffkirchen den Posten in Rom unter allen Umständen aufgeben wolle, riet Völderndorff zu einem Konflikt mit den „Schwarzen“, da ein anderer Abgang als Schwäche und Zurückweichen vor der Kurie aufgefaßt und ihm nachteilig ausgelegt werde⁴⁵. Dieser erneute freundschaftliche Rat machte auf Tauffkirchen Eindruck. Er entschloß sich, dem Rat Völderndorffs zu folgen und in der Nähe Roms Erholung zu suchen. Er änderte daher sein Urlaubsgesuch in einen Antrag auf Erholungsurlaub in der Nähe Roms, ohne förmliche Geschäftsübergabe, um⁴⁶. Staatsminister Bray schlug am 23. Juli dem König vor, Tauffkirchen einen Aufenthalt außerhalb Roms zu gestatten und das Komturkreuz des Verdienstordens vom Hl. Michael zu verleihen. Die Entscheidung verzögerte sich durch die Regierungsveränderung in Bayern⁴⁷. Tauffkirchen wandte sich ungeduldig an Staatsrat Daxenberger⁴⁸. Am 8. August bewilligte Ludwig II. den Landaufenthalt, am 23. August den Ordensvorschlag, womit der Vorgang zum Abklingen kam.

II

Tauffkirchen war sich trotz Landaufenthalt und Orden darüber im klaren, daß seine Stellung beim Hl. Stuhl „gelinde gesagt höchst ungemütlich sei“. So schrieb er am 2. September an Friedrich Freiherrn von Hegnenberg-Dux, der am 22. Juli Graf Bray-Steinburg in der Leitung des bayerischen Staatsministeriums des Kgl. Hauses und des Äußern nachgefolgt war. Und kommentierend fügt er an: „Auf meinen Posten zurückzukommen sehe ich trotz aller Widerwärtigkeit ein, daß ich jetzt, im gegenwärtigen Stadium der kirchlichen Frage, hier auszuharren habe und wäre es auch noch, um — meinen Paß entgegenzunehmen“. Die Absicht, auf einige Wochen nach Sorrent zu gehen, hatte er bereits aufgegeben und war in Rom und in Albano

⁴⁴ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

⁴⁵ NL. Tauffkirchen.

⁴⁶ GStA. München. PA. Tauffkirchen.

⁴⁷ Hugo Graf von Bray-Steinburg trat am 4. Juni 1871 zurück. Seine Nachfolge trat am 22. Juli 1872 Friedrich Freiherr von Hegnenberg-Dux an. Vgl. *Fritz Freiherr von Rummel*, Das Ministerium Lutz und seine Gegner. 1871—1882. München 1935, 33.

⁴⁸ Daxenberger, Sebastian Ritter von, 1809—1878. Staatsrat im Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Äußern. *Schärl* a. a. O. 313, Nr. 579.

geblieben⁴⁹. Aber Tauffkirchen dachte nicht ernsthaft an einen effektvollen Abgang, zu dem ihm Völderndorff im Interesse seines Ansehens geraten hatte. Er wandte sich am 5. September an seinen früheren Vorgesetzten, Chlodwig Hohenlohe-Schillingsfürst, und legte ihm die Bedeutung des Gesandten des Deutschen Reiches beim Hl. Stuhl dar. Zwar unterließ er Hinweise auf seine Eignung, doch blieb seine persönliche Erwartung nicht verborgen⁵⁰. Hohenlohe ließ sich mit der Antwort Zeit. Am 5. Dezember antwortete er, daß über die Frage der Stellung des Gesandten beim Hl. Stuhl noch kein Entschluß gefaßt zu sein scheine, und versicherte, daß man mit den Leistungen Tauffkirchens sehr zufrieden sei. Eine Behandlung der Frage hätte ihm höchstens schaden können. Hohenlohe gab zu bedenken, daß man in Berlin in Personalsachen nicht gedrängt sein wolle. Auch sei die Neigung vorhanden, die Dinge solange wie möglich in suspenso zu lassen. Dem ehemaligen Mitarbeiter gab er freundschaftlich den Rat: „Wenn Sie sich unentbehrlich machen, also nicht zu ersetzen sind, so wird man auch Mittel und Wege finden, Ihre Stellung zu regeln. Vorläufig verlieren Sie dadurch nichts, daß Sie als Amphibium weiterleben“. Hohenlohe äußerte sich in seinen weiteren Ausführungen zur Lage in Bayern. In einer Nachschrift bemerkte er, die Mitteilung Tauffkirchens vom 5. September über die Bedeutung des Gesandten in Rom sofort dem „Kardinal“, seinem Bruder Gustav Prinz Hohenlohe-Schillingsfürst⁵¹, mitgeteilt zu haben⁵².

Tauffkirchen antwortete vor der Jahreswende 1871/72. Er erklärte, in gänzlicher Unwissenheit bezüglich der Entscheidungen über Fortbestand und Besetzung der deutschen Gesandtschaft am Hl. Stuhl zu sein. Er schenkte den umlaufenden Meinungen keinen Glauben, daß die Gesandtschaft in naher Zeit aufgelöst werde. Gleichzeitig bezweifelte er die Meinung Hohenlohes, daß er die Bedingungen erfülle, die für die Verwendung auf diesen Posten gefordert werden müßten. Er stellte in Abrede, die spezielle Geschäftsaufgabe zu besitzen, die für die Erfüllung dieser Aufgabe notwendig sei. Tauffkirchen erklärte, der Platz in Rom sei mit so viel Dornen besät, daß wenige Lust verspürten, sich darauf zu setzen. Er versicherte, er werde solange ausharren, bis von Berlin aus eine Entscheidung erfolgt sei. Seine weiteren Ausführungen beschäftigten sich mit der Entwicklung in Bayern, die er kritisch beurteilte⁵³. Etliche Tage später, am 8. Januar 1872, wandte er sich an Bismarck und suchte um Bewilligung eines Urlaubs nach München nach⁵⁴. Dieser verständigte ihn telegrafisch am 13. Januar, daß der beurlaubte Gesandte Preußens am Hl. Stuhl, Graf Arnim, in der ersten Hälfte des Februar sein Abberufungsschreiben in Rom übergeben werde. Er ersuchte, dem Kardinalstaatssekretär davon Mitteilung zu machen. Gleichzeitig stellte er fest, daß Verhandlungen mit Rom über Elsaß-Lothringen von deutscher Seite nicht beabsichtigt seien⁵⁵, weshalb er auch seine Zustim-

⁴⁹ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

⁵⁰ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

⁵¹ Hohenlohe-Schillingsfürst, Gustav Adolf Prinz von, 1823—1896. 1866 Kurienkardinal. Vgl. F. X. Kraus, Hohenlohe, Cardinal. In: Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog. I (1897) 449—455.

⁵² NL. Tauffkirchen.

⁵³ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

⁵⁴ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

⁵⁵ Zuletzt: J. Roth, Das napoleonische Konkordat in Elsaß und Lothringen. In: Nationalsozialistische Monatshefte 11. Jg., 700 ff.

mung zu der Absicht Tauffkirchens gab, sich nach Bayern beurlauben zu lassen. Bismarck beauftragte ihn, den Geschäftsträger der preußischen Gesandtschaft, Legationsrat Derenthal, dem Kardinalstaatssekretär als Vertreter Tauffkirchens in Reichsangelegenheiten vorzustellen. Gleichzeitig lud er Tauffkirchen ein, vor seiner Rückkehr nach Rom nach Berlin zu einer Besprechung zu kommen⁵⁶.

Diese Mitteilungen wurden am gleichen Tage erläutert. Ein Mitarbeiter Bismarcks, Geheimrat Abeken, schrieb an Tauffkirchen, obgleich er befürchtete, daß der nach Rom gerichtete Brief seinen Empfänger dort nicht mehr erreiche. Er begann mit der Versicherung, Bismarck würdige die Loyalität, mit der Tauffkirchen seine persönlichen Anliegen den Geschäften des Reiches unterordne. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß Tauffkirchen zur Besprechung der „vielfach wichtigen Fragen“ nach Berlin komme, womit die Frage der Fortgeltung des Napoleonischen Konkordats in Elsaß-Lothringen gemeint war. Abeken beschäftigte sich auch mit der Reichsgesandtschaft, wobei er den von Tauffkirchen vorgetragenen Auffassungen beipflichtete und daran die Bemerkung knüpfte:

„Es wird aber auch in dieser Beziehung zunächst am besten sein, darüber praktisch hinwegzukommen. Auch in dieser Hinsicht wird Ihre unauffällige Reise nach Deutschland und Berlin zu einer erwünschten Klärung der Verhältnisse führen können. Für den Augenblick wird Ihre Vertretung durch Herrn Derenthal genügen. Daß Graf Arnim sein neues Kreditiv in Versailles übergeben mußte, ehe er sein Rappelschreiben im Vatikan abgeben konnte, war zwar nicht gerade sehr korrekt, aber nicht zu vermeiden. Wir dachten zuerst, sein Rappelschreiben durch Sie übergeben zu lassen; der Graf Arnim aber erklärte, er müsse zur Ordnung persönlich nach Rom, und werde dies ohne Nachteil für Paris in der ersten Hälfte Februar können, so erschien es uns am einfachsten, sie durch ihn selbst übergeben zu lassen, und Ihnen dadurch zugleich die volle Freiheit der Bewegung zu geben, die Ihnen in Ihren Privatverhältnissen wünschenswert sein müßte, wie wir annehmen.“

Abeken schloß mit der Bitte an Tauffkirchen, überzeugt zu sein, daß Bismarck gewillt sei, immer seinen Wünschen entgegenzukommen⁵⁷. Nicht ohne Erwartung trat begreiflicherweise der auf diese Weise unterrichtete Diplomat die Reise an, die ihn zuerst nach München führte, wo er persönliche Angelegenheiten erledigte. Tauffkirchen reiste nach Berlin weiter, wo er die Erfüllung persönlicher Wünsche erhoffte. Am 24. Januar war er bei Fürst Bismarck zum Diner geladen. Über die dabei geführte Unterhaltung fertigte er eine Niederschrift:

„Die Fürstin empfängt mich, spricht davon, wie der Palast Caffarelli⁵⁸ jetzt frei werde. Bismarck beginnt bei Tisch, es werde nun nötig werden, die Vertretung beim Papst mit der Brasiers⁵⁹ oder seines Nachfolgers zu vereinigen. Ich meinte, das sollte doch bis zum Tode Pius' IX. aufgeschoben werden. Er sprach dann lange von der Zentrumspartei, die Windthorst und Savigny gebildet und die offen Krieg predige⁶⁰. Er habe Ledochowski⁶¹ gesagt, er wünsche, daß der Papst einen ‚Garten‘ besitze, wo er Herr sei; an mehr und an einen Krieg habe er nicht gedacht. Darüber, wie dies zu er-

⁵⁶ NL. Tauffkirchen.

⁵⁷ NL. Tauffkirchen.

⁵⁸ Palazzo Caffarelli; Sitz der Preußischen Gesandtschaft am Hl. Stuhl. *Hanus* a. a. O. 35.

⁵⁹ Brassier de St. Simon, Graf, Gesandter des Deutschen Reiches in Rom (Quirinal).

⁶⁰ L. J. Franz, Bismarck, Windthorst und the Kulturkampf. Phil. Diss. Boulder an Denver 1948. Ich hoffe, in meiner in Vorbereitung befindlichen Windthorst-Biographie dazu neues Material bieten zu können.

⁶¹ Ledochowski, Miecislaus Graf, 1822—1902. 1865—1875 Erzbischof von Gnesen und Posen. 1875 Kurienkardinal.

zielen wäre, verwickelte er sich in Widersprüche. Er wolle, dies war der Refrain, Italiens sicher sein, wenn Frankreich, der „Proteus“ Österreich, und Rußland als Gegner auftreten. Der Grund, warum er jetzt ganz schroff auftreten müsse, sei die Polonisierung der Ostmark; die deutschen katholischen Geistlichen machen auf höhere Weisung polnische Propaganda. Dahinter stehe Ledochowski, der noch mehr Pole als Katholik sei, ebenso wie Wielozolsky mehr Pole war. Ledochowskis Programm war, kein Dorf bis zwei Polen könne der Papst missen. Das habe er, Bismarck nie gebilligt. Wiederholt erzählte er die Geschichte des Reiters, dem Wind und Sonne den Mantel nehmen wollten. Der Wind versuchte es, und ihm mißlang, was die Sonne allein erreicht haben würde.

Die „Braunsberger Sache“⁶² werde im Guten leicht bereinigt gewesen sein, jetzt werde das strenge Recht walten, dies sei durch Falks⁶³ Ernennung besiegelt. Derselbe werde dem Wunsche, daß die römischen Katholiken sich einen Lehrer halten, kaum entsprechen. Diesen Wunsch plaidierte ich wiederholt warm.

Er klagt nebenbei, daß er die ganze Nacht und vor 7 Uhr nicht schlafen könne, und erst dann ruhig bis zum hellen Mittag — 2 Uhr. Er brauche viel Schlaf, infolge der Anstrengung, da er 10 Jahre mit einem Königreich, das ihm nicht gehört, vabanque gespielt habe.

Elsaß betreffend sei ein Erlaß⁶⁴ erfolgt, über den ich mit Delbrück sprechen könne. Das Konkordat gelte, nur Bischofsernennungen und Ehrenrechte der Könige bedürfen neuer Vereinbarung. Sollten die Bischöfe wiederholt das Konkordat als nicht geltend anerkennen, so werde durch Landesgesetze das Weitere vorgekehrt. Damit könnte fortgewirtschaftet werden, bis Elsaß ein — eigenes Reich(sgebiet) wäre?? Die Vertretung beim Papst solle der Form nach durch Geschäftsträger, bis das Lämpchen auslösche, fortgeführt werden. Und dieses auslöschende Lämpchen soll ich sein!? Nein gewiß, Sie sind eine glänzende Leuchte; ich meinte den Fall, daß Sie zurücktreten. Ich erwiderte, daß ich die Schwierigkeit meiner Stellung, in der ich mich in Rom nur um den Preis erhalte, (um) in München für ultramontan zu gelten, wohl fühle, jedoch bisher der Sache wegen ausgehalten habe. Es sei übrigens unbedingt eine Art neue Bevollmächtigung nötig, da Arnim nie als Vertretung des Reichs bevollmächtigt gewesen sei. Dafür, sagte B(ismarck), wird sich eine Form finden lassen.

Nuntiusfrage⁶⁵ — Krönung.

Gräwitz. Radziwill⁶⁶. Franchi⁶⁷. König noch nicht; hierzu Presse und Debatten nötig. Soviel wert, daß um diesen Preis Krönung. Bitte um nochmalige Besprechung. Bedingt in Aussicht gestellt. (?) —⁶⁸ protégé der Kaiserin. Als dieses die Fürstin erwähnte, wurde B(ismarck) sehr ernst. Das habe er nicht gewußt, mußte er herausbringen.

Ledochowski wird vorerst in drei Tagen Kardinal sein. Kett(e)ler könnte als Kardinal nicht kreiert werden, solange er dem Zentrum angehört und dadurch im Kriegszustand ist. Ich sagte, Rom halte ihn für zu liberal und werde ihn auch nicht annehmen. Hefele⁶⁹ wäre als Erzbischof von Freiburg wünschenswert.

Österreich Proteus, jetzt besser, weil Andrassy an Ungarn einen Schwanz habe, der sich mit ihm drehen muß. Beust drehte sich, ohne daß man es vorher merken konnte, einfach im Vorzimmer des Kaisers und kam dann mit einem unsinnigen Entschluß heraus.

Botschafter sehe ich 20 Minuten.“⁷⁰

Tauffkirchen war mit dem Ergebnis dieser Unterhaltung nicht zufrieden und wartete noch in Berlin auf eine ihn betreffende Entscheidung. Seine Ge-

⁶² Majunke a.a.O. 177. Jetzt: Constabel a.a.O. passim.

⁶³ Erich Förster, Adalbert Falk. Gotha 1927, 65.

⁶⁴ Gedruckt: BGW 6c, 15.

⁶⁵ Zur „Nuntiusfrage“ vgl. den wenig beachteten Aufsatz: Josef Roth, Zur Vorgeschichte der Berliner Nuntiat, in: Reich und Reichsfeinde 4 (1943) 215—236. Auch: Ernst Deuerlein, Das Reichskonkordat. Düsseldorf 1956, 2f.

⁶⁶ Radziwill, Prinz Maria Edmund, Prälat, Vikar von Ostrow.

⁶⁷ Franchi, Alessandro, 1819—1878. 1878 Kardinalstaatssekretär unter Leo XIII.

⁶⁸ Der Name des Günstlings der Kaiserin ist unleserlich. Er kann Arnim lauten.

⁶⁹ Hefele, Karl Joseph, 1809—1893. Seit 1869 Bischof von Rottenburg. H. verzichtete 1873 auf den Erzbischofsstuhl zu Freiburg i. Br.

⁷⁰ NL. Tauffkirchen.

duld wurde nicht belohnt. Am 2. Februar schrieb er, noch immer in Berlin, an den leitenden Staatsminister Bayerns, Graf Hegnenberg-Dux, in Berlin sei von einer Ernennung zum Reichsgesandten beim Hl. Stuhl weder von ihm noch mit ihm gesprochen worden. Es sei jedoch mit ihm über Art und Form verhandelt worden, wie er in seiner Eigenschaft als bayerischer Gesandter auch das Deutsche Reich bei der Kurie vertreten könne. Er habe vorgeschlagen und dafür die Zustimmung der Referenten und Bismarcks erhalten, diese Vollmacht in Form eines von ihm dem Papst zu überreichenden Briefes des Kaisers zu erteilen. Die Auslassungen dieses Briefes seien festgelegt worden⁷¹. Tauffkirchen notierte auf einem Zettel: „Kraft Vertrag vom 23. November 1870 habe ich den ordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister des Königs von Bayern beim Hl. Stuhl, Graf Karl von Tauffkirchen, vorläufig beauftragt, auch mich und das Deutsche Reich bei Eurer Heiligkeit zu vertreten und bitte Eure Heiligkeit, denselben in dieser Eigenschaft zu empfangen und als von mir ermächtigt zu erachten“⁷². Bismarck empfing, nachdem diese Verfahrensweise bereits festgelegt worden war, Tauffkirchen ein zweites Mal, wobei er den Standpunkt vertrat, daß die Gesandtschaft des Norddeutschen Bundes in Rom fortbestehe und Tauffkirchen zur Leitung der Geschäfte derselben durch einen Brief Bismarcks an Kardinalstaatssekretär Antonelli beauftragt werden solle. Tauffkirchen wandte dagegen ein, daß es unter diesen Umständen besser sei, einfach einen Geschäftsträger zu benennen, und betonte gleichzeitig, eine solche Lösung scheine ihm nach jeder Richtung bedenklich. Die Kurie, die gerade ihrer Lage wegen auf Erhaltung der Formen nicht zu Unrecht besonderes Gewicht lege, werde darin einen großen Mangel an Rücksicht erblicken und den Einflüsterungen der extremen Klerikalen um so williger ihr Ohr leihen. Tauffkirchen gab Bismarck auch zu bedenken, durch die Wahrnehmung der Gesandtschaft des nicht mehr existierenden Norddeutschen Bundes werde das Reich und der Kaiser als solche nicht vertreten. Württemberg und Baden seien ausgenommen, was um so bedenklicher sei, als Kardinalstaatssekretär Antonelli bereit sei, über Besetzung des Freiburger Erzbischofstuhles in Unterhandlung zu treten. Kritisch fügte er an, der so bestellte Geschäftsträger wäre in Rom nichts als der lebendige Beweis der Mißachtung der diplomatischen Rücksicht und daher schwerlich in der Lage, irgend etwas zu leisten oder sich auch nur verlässlich zu informieren. Diese Umstände würden aber auch die Wirksamkeit des bayerischen Gesandten als solchen hemmen. Bayern endlich könnte eine solche Vertretung im Vollzug des Versailler Vertrages, der vom „Deutschen Reiche“ und nicht vom „Norddeutschen Bunde“ spricht, nicht übernehmen. Es könnte ihm auch nicht gleichgültig sein, daß seinem Gesandten die übliche Form der Bevollmächtigung von Souverän zu Souverän nicht gewährt und dadurch auch seine Stellung als bayerischer Gesandte erheblich geschädigt werde. Tauffkirchen bat um Würdigung dieser Gründe⁷³.

Tauffkirchen reiste, ohne daß es in Berlin zu Beschlüssen gekommen war, über München nach Rom. In der bayerischen Landeshauptstadt erreichte ihn

⁷¹ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

⁷² NL. Tauffkirchen.

⁷³ NL. Tauffkirchen.

der bereits angekündigte Erlaß Bismarcks. „Nach dem Blick in die Berliner Verhältnisse“ wandte sich Tauffkirchen, nach Rom zurückgekehrt, an Staatssekretär Karl Hermann von Thile. Er bezeichnete den Auftrag, in der Elsässer Konkordatsfrage den Standpunkt Bismarcks zu vertreten, als eine von den deutschen Klerikalen nicht ganz zu Unrecht aufgefaßte Kriegserklärung. Von der Veröffentlichung der an ihn gerichteten Weisung sagte er, sie untergrabe gründlich seine Stellung an der Kurie, fügte aber beruhigend bei, es sei sehr leicht, diese wieder zu befestigen. Als Voraussetzung verlangte er den Willen Berlins dazu und stellte die Frage, ob die Stimmen in Berlin nicht recht hätten, die der Meinung zuneigten, es sei am besten, nach Rom einen Geschäftsträger, und zwar einen Nichtkatholiken zu entsenden. Und um jeden Verdacht der Ungeduld und des persönlichen Interesses zurückzuweisen, bemerkte Tauffkirchen: „Mir würde solches, wie die Dinge jetzt liegen, nur erwünscht sein können, namentlich wenn der Schritt in einer Form erfolgt, welche demselben nicht geradezu den Stempel der Unzufriedenheit mit meinen bisherigen Leistungen aufdrückt“⁷⁴. Nach München berichtete er, daß ihm Bismarck für die Wahrnehmung der Vertretung der Reichsgesandtschaft eine Vergütung in Höhe von 5000 Taler bewilligt habe, für deren Annahme er die Zustimmung des bayerischen Königs erbat⁷⁵. In Rom beschäftigte ihn nicht nur der Elsässer Konkordatsstreit, auch der „Braunsberger Sache“ mußte er sich annehmen. Am 26. Februar war sie Gegenstand einer Unterredung mit Kardinalstaatssekretär Antonelli, worüber er Bismarck zwei Tage später ausführlich berichtete⁷⁶. Aus dessen Umgebung kam darauf eine Mißbilligung, weil eine von ihm gegebene Mitteilung in der „Braunsberger Angelegenheit“ nicht den Bestimmungen des preußischen Landrechts entsprach. Tauffkirchen entschuldigte sich mit ungenügender Möglichkeit zur Unterrichtung und versicherte gleichzeitig seine beste Absicht⁷⁷. Solcher Verstimmungen ungeachtet verwies er in seinen Privatbriefen nach Berlin immer wieder auf die Frage der Vertretung des Deutschen Reiches beim Hl. Stuhl.

Thile stellte am 16. März die einstweilige Regelung „unserer dortigen Vertretung“ in Aussicht, von der er sagte, sie habe ihn vielfach beschäftigt. Für die Zeit nach dem förmlichen Abgang des Grafen Arnim kündigte er an, daß von der Beglaubigung eines Repräsentanten des Deutschen Reiches vorläufig noch Abstand genommen und die preußischen Geschäfte nur durch einen Legationssekretär als Chargé d'affaires wahrgenommen werden sollen. Thile bedauerte, auf diese Weise auf die wohlwollende und erfolgreiche Mitwirkung Tauffkirchens wenigstens augenblicklich verzichten zu müssen. Tröstend erklärte er: „Mein Herr Chef (= Bismarck) hat bereits verfügt, daß Ihnen die volle Anerkennung dieser von Ihnen dem Reichsdienste gewidmete Tätigkeit ausgesprochen werde und ich freue mich hinzufügen zu können, daß Seine Majestät der Kaiser, dem ich während der 14tägigen Abwesenheit des Reichskanzlers Vortrag zu halten habe, sich noch gestern gegen mich im gleichen Sinne auf das wärmste auszusprechen geruhte“. Thile schloß mit

⁷⁴ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

⁷⁵ GStA. München. PA. Tauffkirchen.

⁷⁶ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

⁷⁷ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

einem Hinweis auf die zu erwartende Bestätigung dieser Gesinnungen nach der Rückkehr des Reichskanzlers⁷⁸. Sie ließ nicht auf sich warten. Auch Tauffkirchen erkannte, daß diese Dankbezeugungen das Ende seiner Erwartung, erster Gesandter des Deutschen Reiches beim Hl. Stuhl zu werden, bedeuteten. Arnim teilte ihm sofort nach seinem Eintreffen in Rom im Auftrag Bismarcks mit, die Regierung habe nicht die Absicht, den Posten zu besetzen, was Tauffkirchen bestimmte, am 10. März König Ludwig II. um Abberufung zu bitten, wobei er Legationssekretär Cetto als Nachfolger empfahl⁷⁹. Aus München kam umgehend die Ablehnung⁸⁰. Arnim setzte seinen Kollegen davon in Kenntnis, daß ihm Kaiser Wilhelm I. den Roten Adlerorden verliehen habe. Dieser bedankte sich am 30. März dafür bei Bismarck⁸¹, der am 13. April dem ihm ergebenen bayerischen Diplomaten seine Geneigtheit zum Ausdruck brachte, verbunden mit der Hoffnung auf künftige Zusammenarbeit⁸². Tauffkirchen gab sich damit zufrieden, zumal ihm von allen Seiten erklärt wurde, Bismarck habe entschieden, „von der Beglaubigung eines Repräsentanten des Deutschen Reiches vorläufig noch Abstand zu nehmen“. An der Ernsthaftigkeit dieser Absicht war nicht zu zweifeln. Bei der Übergabe seines Abberufungsschreibens am 21. März stellte Arnim den Legationssekretär Derenthal als preußischen Geschäftsträger vor, womit die Vorstellung, die Vertretung Preußens und des Norddeutschen Bundes sei in eine Vertretung des Deutschen Reiches überführt worden, und der Auftrag Tauffkirchens, die Vertretung der Reichsgesandtschaft wahrzunehmen, abrupt und nicht gerade den Gepflogenheiten des diplomatischen Verkehrs entsprechend beendet wurde.

Zwei Tage später, am 23. März, nahm Bismarck in einem Immediatbericht zu der Frage der Vertretung ausführlich Stellung, wobei er seine Auffassung in der unmißverständlichen Feststellung zum Ausdruck brachte: „Ich lege überhaupt auf den Gesandtschaftsposten bei dem Papste für die Zukunft keinen praktischen Wert, und glaube nicht, daß der Gesandte Eurer Majestät dort zu einer erfolgreichen Tätigkeit wird berufen sein können. Die Verhältnisse des Deutschen Reiches zu der katholischen Kirche werden nicht auf diplomatischem Wege in Rom mit der Römischen Kurie allein geordnet werden können, sondern vorwiegend auf deutschem Boden unter Mitwirkung der legislativen Gewalt. Die Tätigkeit eines Gesandten in Rom wird auf ein Minimum beschränkt bleiben, und ihre Bedeutung liegt vielmehr in der äußerlichen Wirkung der dem Papste dadurch erwiesenen Höflichkeit und in dem unter den deutschen Katholiken dadurch hervorgebrachten Eindruck, als in der Erwartung praktischer diplomatischer Erfolge, deren Erreichung in Rom auch dem geschicktesten Unterhändler nicht möglich sein wird“⁸³.

⁷⁸ NL. Tauffkirchen.

⁷⁹ GStA. München. PA. Tauffkirchen.

⁸⁰ GStA. München. PA. Tauffkirchen.

⁸¹ NL. Tauffkirchen. Abschrift.

⁸² NL. Tauffkirchen. Der bisher unveröffentlichte Brief Bismarcks hat folgenden Wortlaut: „Eurer Hochgeboren Schreiben vom 30. v. Mts. habe ich die Ehre gehabt zu erhalten und danke Ihnen für die freundlichen Gesinnungen, welche dasselbe eingegeben haben. Ich hoffe, daß die Verhältnisse mich wieder in nähere persönliche oder geschäftliche Beziehungen mit Eurer Hochgeboren führen werden, und es wird mir jederzeit eine Freude sein, wenn es geschieht. Genehmigen Eure Hochgeboren die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung. Bismarck.“

⁸³ Gedruckt: Das Staatsarchiv XXII, 153 ff.

Alle Entscheidungen und Erklärungen Bismarcks deuteten darauf hin, daß er die Frage zunächst als erledigt betrachtete. Nach der Rückkehr Arnims aus Rom nahm jedoch eine der bisherigen Anschauungen des Reichskanzlers entgegengesetzte Entwicklung ihren Anfang. Arnim, der bei seinem Eintreffen in Rom Tauffkirchen eröffnet hatte, die Reichsvertretung beim Hl. Stuhl solle unbesetzt bleiben, legte Bismarck in einem Gespräch und einem Brief vom 30. März nahe, den „Vatikan mit seinen eigenen Waffen zu schlagen“. Er vertrat die Auffassung, an dem gegenwärtig von Jesuiten beherrschten Hofe könne ein deutscher Laie als Diplomat unmöglich zur Geltung kommen, die Vertretung des Reiches müsse ein hochfahrender, deutscher, jesuitenfeindlicher Prälat übernehmen, der die römischen Verhältnisse kenne, das Unabhängigkeitsgefühl der deutschen Kirche gegenüber dem Vatikan zu repräsentieren vermöge und zugleich präpotent genug sei, um den diplomatischen Einfluß Frankreichs zu neutralisieren. Seine diplomatische Immunität, sein geistlicher Rang und seine Kenntnis der kurialen Verhältnisse würden ihm diejenige Sicherheit und Überlegenheit verleihen, die er als Weltkind schmerzlich habe entbehren müssen. „Es würde sich der Mühe verlohnen“, so schloß der Graf seinen Bericht, „darüber nachzudenken, ob unter solchen Bedingungen ein solcher zu finden sei“⁸⁴. Ein solcher Kandidat wurde rasch gefunden. Aus seiner Bereitschaft, unter den nicht einfachen Umständen die Vertretung des Deutschen Reiches beim Hl. Stuhl zu übernehmen, wurde ein „Fall“, der „Fall Hohenlohe-Schillingsfürst“.

ZEITBERICHT

Die Integrationskräfte in den Vereinigten Staaten — Kommunismus, katholisch getarnt — Wissenschaftliche Grundlagenforschung in der UdSSR

Die Integrationskräfte in den Vereinigten Staaten

Die nordamerikanische Union ist seit Jahrhunderten ein Sammelbecken der Völker. Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte der Strom der Einwanderer seinen Ursprung vorwiegend im nördlichen Europa: in erster Linie in England, sodann in Deutschland und Irland. Um die Jahrhundertwende dagegen verschob sich das Ursprungsgebiet des ungeheuer anschwellenden Zustroms in die Neue Welt: Italiener, Griechen, Levantiner, Polen, Tschechen, Kroaten, Skandinavier usw. erschienen in den Staaten und sicherten sich ihren Platz. Jede Gruppe brachte ihre Bräuche und Überlieferungen, ihre völkische Eigenart und ihre religiösen Überzeugungen mit. Der katholische Bevölkerungsanteil stieg gewaltig. Aber das dogmatische Bekenntnis der Katholiken war je nach dem Herkunftsland ganz verschieden amalgamiert und trug in den Formen der Andacht und Frömmigkeit

⁸⁴ Johannes Heckel, Die Beilegung des Kulturkampfes in Preußen. In: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Bd. 50 (Kanonistische Abteilung XIX) 288 f.